

„Dramatisch unterfinanziert“ sei die kommunale Familie, betonte Andreas Wohland von den kommunalen Spitzenverbänden. In Nordrhein-Westfalen könnten nur acht Städte und Gemeinden ihre Haushalte strukturell ausgleichen, alle anderen verzehrten Eigenkapital. Mittelfristig drohe 35 Kommunen faktisch der Zustand einer Überschuldung. Den strukturellen Fehlbedarf bezifferte Wohland mit 2,1 Milliarden Euro pro Jahr. Dieser müsse entweder durch Ausgabenabbau oder erhöhte Finanzzuweisungen des Landes ausgeglichen werden. Möglichkeiten zum Ausgleich innerhalb der kommunalen Familie sah Wohland nicht: „Es gibt keine reichen Tanten mehr.“

WIRTSCHAFT IM GLEICHGEWICHT

Zentrales Thema des allgemeinen Teils der Anhörung war die Nettoneuverschuldung. Das Verhältnis von Schulden und Investitionen sei nicht angemessen, so Dr. Thilo Schäfer vom Institut der Deutschen Wirtschaft. Auch werde eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts nicht nachgewiesen. An diesem Punkt müsse die Regierung nacharbeiten, meinte auch Prof. Dr. Florian Becker von der Universität Kiel. Gleiches gelte für die Frage, inwiefern die schuldenfinanzierten Investitionen überhaupt geeignet seien, einer wirtschaftlichen Krise entgegenzuwirken. Es bestehe ein großes Risiko, dass auch dieser Haushaltsentwurf verfassungswidrig sei, schlussfolgerte Dr. Michael Thöne von der Universität Köln. Immerhin sei man jetzt auf dem Weg aus der Krise schon weiter vorangeschritten. Mit Blick auf mögliche Kürzungen betonte Thöne aber auch die Bedeutung zukünftiger Wachstumsfaktoren wie etwa die Qualifikation kommender Generationen.

Ist die Staatsverschuldung Werkzeug gegen oder doch eher Ursache für die Krise, fragte Dr. Henning Tappe von der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Jedenfalls werde das Land sich hinsichtlich der Verschuldung an das Urteil des Verfassungsgerichtshofs zum Nachtragshaushalt 2010 halten müssen.

Der wirtschaftliche Normalzustand sei durchaus noch nicht erreicht, betonte dagegen Dr. Achim Truger vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung. Immerhin werde generell davon ausgegangen, dass bezogen auf die vorhandenen Produktionskapazitäten eine Produktionslücke von minus 1 Prozent bestehe. Gegenmaßnahmen der öffentlichen Hand könnten dazu beitragen, diese zu schließen.

Die Produktionslücke gebe es, bestätigte auch Dr. Rainer Kambeck vom RWI Essen.

„Keine reichen Tanten mehr“

Experten: Viel Kritik, wenig Lob für Haushaltsentwurf 2011

23. März 2011 – Der Haushalt 2011 auf dem Prüfstand: Die traditionelle Expertenanhörung im Haushaltsausschuss (Vorsitz Manfred Palmen, CDU) geriet bei Betrachtung des Gesamthaushalts zur Grundsatzauseinandersetzung über die Frage, ob das wirtschaftliche Gleichgewicht noch gestört ist. Die überwiegende Anzahl der Fachleute verneinte dies und sah daher keine Begründung für eine Nettoneuverschuldung oberhalb der verfassungsmäßig erlaubten Grenze. Deutlichen Finanzbedarf meldeten allerdings die Städte und Gemeinden an.



Foto: Schälte

Allerdings werde sich diese durch den Wirtschaftsaufschwung spätestens bis 2013 von allein schließen. Eine Rechtfertigung für die geplanten Staatsausgaben gebe es damit nicht mehr. Kambeck verwies auf die ab dem Jahr 2020 greifende Schuldenbremse des Grundgesetzes. Mit der Streichung der Studiengebühren verzichte das Land freiwillig auf Einnahmen von 250 Millionen Euro pro Jahr. Einsparpotentiale sah er im Bereich der Landesverwaltung.

Der Haushalt 2011 müsse „verfassungsfest“ sein und auch die Schuldengrenze des Grundgesetzes beachten, betonte Michael Boeckhaus vom Bund der Steuerzahler. Einsparungen seien daher unumgänglich. Sollte sich im Laufe des Jahres zeigen, dass sich die Wirtschaft nicht, wie geplant, erhole, könne immer noch ein Nachtragshaushalt eingebracht werden. Dr. Stephan Wimmers von der Industrie- und Handelskammer NRW (IHK) ergänzte, nach einer Konjunkturumfrage der IHK bei 28.000 Unternehmen

bewerteten diese die wirtschaftliche Lage als gut, die Erwartung sogar als sehr gut. Die Unternehmen hätten erklärt, sie wollten verstärkt investieren und einstellen. Wann, wenn nicht bei einer solchen Wirtschaftslage, wolle das Land mit dem Sparen beginnen?

Immerhin suchten rund eine Million Menschen Arbeit, entgegnete Andreas Meyer-Lauber vom DGB-NRW. Außerdem wachse der prekäre Arbeitsmarkt: Über 130.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte erhielten ergänzende Sozialleistungen. Gezielte staatliche Maßnahmen könnten zu einer schnelleren wirtschaftlichen Erholung beitragen. Notwendig seien sie auch im Bereich Bildung. Hier sei NRW nach internationalen Standards bestenfalls Mittelmaß. Um eine soziale Schieflage zu vermeiden, müsse auch das „Tabu“ Staatseinnahmen angesprochen werden, forderte der Gewerkschafter: Eine stärkere Besteuerung von Einkommen und Vermögen sei notwendig.

cw